

Rede von

Frau Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL

anlässlich der

„Ulmer Rede für Europa“

am 27. September 2017

Stadt Ulm, Villa der Südwestpresse

– Es gilt das gesprochene Wort! –

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr John,
sehr geehrte Abgeordnete und Stadträte,
sehr geehrte Vertreter der Wirtschaft, stellvertretend herausgreifen möchte ich Herrn
Handwerkspräsidenten Krimmer,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Einladung nach Ulm und für die Möglichkeit,
vor einem so hochkarätig besetzten Publikum über ein für die Wirtschaft in Baden-
Württemberg elementares Thema sprechen zu dürfen: Europa.

Denn gerade **Ulm** ist in vielerlei Hinsicht ein **Vorbild für ein zukünftiges Europa**, so
wie ich es mir vorstelle.

Ich werde Ihnen heute **keine Vision** eines zukünftigen Hauses Europa vorstellen –
denn für grundlegende Veränderungen würden wir eine Verfassungsänderung mit
Einstimmigkeit benötigen, und die sehe ich nicht.

Obwohl ich natürlich mit Interesse die gestrige **Rede des französischen Präsidenten
Macron** verfolgt habe.

Ich wünsche mir sehr das **vielfältige Impulse** aufgegriffen werden – von der
Wiederbelebung der deutsch-französischen Partnerschaft bis zu mehr EU-
Engagement bezüglich innerer und äußerer Sicherheit.

Bei einem Punkt bin ich allerdings sehr am Zweifeln. Ob wir das „Herz“ der EU, so
seine Bezeichnung der **Eurozone**, wirklich so formalisieren und finanziell so üppig
ausstatten sollen?

So sehr man zwar emotional mitgehen möchte: Ich bin da eher jemand, der
verschiedene **Grundprinzipien** verinnerlicht hat:

- Die Menschen und Nationen nicht mit zu visionären neuen Vorstellungen überrollen, sondern ohne Abkürzungen zu nehmen das europäische Haus weiter bauen.
- Der gerne alle EU-Staaten mitnehmen will und nicht zu früh andere ausgrenzt.
- Und der den Grundsatz für sinnvoll hält: Haftung durch den, der etwas verursacht hat.

Ich möchte Ihnen aber sehr gerne **meine Auffassung** mitteilen, wie wir unser Europa wirtschaftspolitisch wieder auf ein besseres Fundament stellen. Welche Bausteine ich für die nächste Zukunft fordere und welche ich lieber aus dem Weg geräumt sehe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ich erzähle Ihnen nichts Neues, wenn ich sage, dass sich der große Tanker EU momentan in schwierigen Gewässern befindet: Brexit, Flüchtlingsströme, Populismus, gar Nationalismus in Polen und Ungarn und vieles Mehr.

Doch ich möchte hier nicht einstimmen in den Chor derjenigen, die den Abgesang auf die Europäischen Institutionen angestimmt haben.

Im Gegenteil, ich bin **dankbar** für die vielen Chancen und die daraus resultierenden Erfolge, die uns die EU beschert und die allzu oft als selbstverständlich angesehen werden:

- Die EU ist der Garant für die längste Friedensperiode in der Geschichte Europas.
- Die EU verkörpert und schützt unsere gemeinsamen westlichen Werte.
- Die EU ermöglicht die uneingeschränkte Freizügigkeit ihrer Bürger. Sei es im Urlaub, beim Auslandsstudium oder bei der Arbeit.

[Wirtschaftspolitische Bedeutung des Binnenmarkts]

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich als Wirtschaftsministerin die enorme wirtschaftspolitische Bedeutung der EU für Baden-Württemberg hervorheben.

Von der **Wirtschaftsleistung** steht Baden-Württemberg als eine „Region“ auf einer Ebene mit großen EU-Mitgliedsstaaten wie Schweden, Belgien oder Polen. Nur sechs EU Mitgliedsstaaten können ein höheres Bruttoinlandsprodukt vorweisen als wir [D, F, GB, IT, ES, NL].

Wir sind ein Exportland. Der Außenhandel ist eine tragende Säule unserer Wirtschaft. Die Hälfte der in Baden-Württemberg hergestellten Waren und Dienstleistungen werden ausgeführt. Von diesen Exporten gehen rund **50% in EU-Mitgliedsländer**. Bei den Importen sind die Verflechtungen sogar noch stärker ausgeprägt. [58 %].

Diese starke Ausfuhrorientierung der baden-württembergischen Wirtschaft bedeutet aber auch, dass **jeder dritte Arbeitsplatz** bei uns im Land direkt oder indirekt mit dem **Export** zusammenhängt.

Insofern können uns zunehmend protektionistische Tendenzen wie in den USA und auch der geplante Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und dem gemeinsamen Binnenmarkt alles andere als gleichgültig sein.

Und damit möchte ich überleiten zu den **zwei zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen in der EU**, die aus meiner Sicht in der näheren Zukunft zu meistern sind.

[Zwei große wirtschaftspolitische Herausforderungen]

(1) Erstens den Erhalt des Binnenmarktes,

eines stabilen und großen gemeinsamen Markts, der leider keine Selbstverständlichkeit mehr ist, wie uns die „Brexit“ – Entwicklungen aufzeigen.

(2) Und zweitens die Sicherung der Währungsunion mit einem stabilen EURO als dem Symbol der Europäischen Integration und Leitwährung unserer Wirtschaft.

Und lassen Sie mich an dieser Stelle direkt auf die Grundsatzrede von EU-Kommissionspräsidenten Juncker eingehen (13.09.2017): Ich bin explizit **nicht** der Auffassung, dass jetzt der Zeitpunkt für eine Vergrößerung der EURO-Zone ist, wir sollten erst einmal ihr Fundament stärken.

[Kurskorrektur: Leitgedanke: EU, die Wohlstand schafft]

Meine Damen und Herren,

es ist schwierig ein so großes und träges Schiff wie die EU in die richtige Richtung zu manövrieren. Zumal das Schiff nicht nur *einen* Kapitän hat.

Wir leben noch in einem Europa ohne Grenzen, dennoch stößt Europa an Grenzen. Statt Grenzen, die durch Schlagbäume markiert werden, weist der "Brexit" auf **Grenzen der Akzeptanz** der Europäischen Union hin – und dies nicht nur im Vereinigten Königreich.

Es fehlt teilweise der Glaube an die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit der EU.

Es gilt deshalb energisch dagegen zu steuern!

Es gilt, die Europäische Union so weiter zu entwickeln, dass die **Mitgliedschaft in der EU wieder als erstrebenswert** gesehen wird! Für die Bürgerinnen und Bürger, für die Wirtschaft, für Regionen und Staaten.

Doch wie können wir das leisten?

Der Leitgedanke, der hinter meinen Reformvorschlägen steht, ist der Folgende:
Ich plädiere für eine EU, die den **Fortschritt** und das **Wachstum** viel stärker betont.

Deren Ziel es ist, den **Wohlstand** ihrer Bürgerinnen und Bürger und aller beteiligten Mitgliedsstaaten zu steigern!

Denn wenn das Wohlstandsversprechen, mit dem Europa verbunden wird, nicht eingelöst wird, klingt alles Pathos hohl – und in die Lücke zwischen Versprechen und Erfüllung stoßen die **Vereinfacher jedweder Couleur**. Die Anstrengungen müssen also darauf gerichtet sein, Fortschritt und Wachstum in ganz Europa zu steigern.

Aber wie kann dies gelingen?

["Weniger EU" sinnvoll in diesen Bereichen]

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vielen in der EU findet meinen Beifall. Ich bin explizit nicht der Meinung, dass man alles verändern muss.

Dennoch sehe ich Bausteine in unserem „Haus EU“, die unseren Ausbau behindern.

Ich möchte ihnen nicht vorenthalten, dass ich auch für „Weniger EU“ in einzelnen Feldern plädiere, nämlich bei **Wachstumshemmnissen** wie:

- unflexiblen Auflagen,
- unnötiger Bürokratie und
- Mitteltransfers in überholte Systeme.

Verehrtes Publikum,

lassen Sie uns mit wachstumshemmenden Auflagen beginnen:

Finanzierungsfragen sind für KMU von entscheidender Bedeutung.

Deshalb muss die Entwicklung zu einer europäischen „Bankenunion“ sehr intensiv begleitet werden:

Die sogenannte „Bankenunion“ wird derzeit vorangetrieben, um den Finanzsektor in Europa krisenfester zu machen. Dieses Ziel ist natürlich grundsätzlich sinnvoll und ohne Regulierung nicht zu erreichen.

Allerdings muss die Regulierung auch unseren öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Banken genügend Luft zum Atmen lassen.

Systemrelevante Großbanken und regionale Banken müssen unterschiedlich bewertet werden. Es kann nicht sein, dass alles über einen Kamm geschert und die Finanzierung unserer KMU gefährdet wird!

Und gehen wir über zu Beispielen der Bürokratie.

Ein Beispiel für **unnötige Bürokratie** kommt aus der EU-Förderlandschaft und zeigt, dass „gut gemeint“ nicht unbedingt gleichbedeutend sein muss mit „gut gemacht“.

Staatliche Mittel zur Wirtschaftsförderung dürfen den Wettbewerb nicht behindern und verzerren, sondern sollen im Gegenteil Marktversagen entgegenwirken. Zu diesem Zweck ist sinnvollerweise das „EU-Beihilfenrecht“ einzuhalten.

Dieses Prinzip gilt aber in der EU nicht überall gleich: Von der EU direkt verwaltete Fonds [wie EFSI und Horizont 2020] unterliegen nicht dem Beihilfenrecht, andere europäische [Struktur- und Investitions] Fonds, deren Mittel die Mitgliedstaaten dezentral verwalten und vergeben, dagegen schon – und das selbst bei inhaltlich gleichen Fördermaßnahmen!

Entbürokratisierung könnte hier über die Einführung weitreichender Freistellungen erfolgen. So hätten wir ein Beihilfenrecht mit Augenmaß und potentielle Empfänger von staatlichen Leistungen weniger Aufwand!

Meine sehr geehrten Damen und Herren

Besonders heikel wird es beim Thema „**Transferunion**“. Ich spreche hier von wachstumshemmendem Mitteltransfer.

Die aktuelle Diskussion dreht sich z. B. um das Thema „Wirtschafts- und Währungsunion“.

Wie weit will man z. B. einem „Europäischen Finanzminister“ die Möglichkeit geben, Mittel aus einem „EU-Budget“ zwischen den Mitgliedsstaaten zu transferieren?

Ich bin dezidiert gegen eine Transferunion „durch die Hintertür“.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Krise der Jahre 2008/2009 verweisen. Ein klassischer, lehrbuchmäßiger Nachfrageschock!

Die wirtschaftspolitischen Reaktionen darauf waren Konjunkturpakete mit diversen – und das ist der entscheidende Punkt – auf die spezifischen nationalen Bedingungen abgestimmten Einzelmaßnahmen.

Wir erinnern uns noch an die Umweltprämie zur Stärkung der PKW-Nachfrage (umgangssprachlich "Abwrackprämie" genannt); oder an die Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld, um nur zwei Beispiele aus dem umfassenden Maßnahmenbündel zu nennen.

Man sieht: Der Nachfrageausfall wurde in Deutschland mit maßgeschneiderter nationaler Fiskalpolitik abgedeckt. Hätte eine wie auch immer geartete europäische „Haushaltlinie“ bessere Wirkung erzielen können? Ich habe diesbezüglich Zweifel!

Oder ein weiteres Beispiel:

Die **Arbeitslosigkeit in Europa** ist regional deutlich unterschiedlich.

Wie ist auf dieses Faktum zu reagieren? Aus meiner Sicht nicht mit einer „**europäischen Arbeitslosenversicherung**“, wie sie derzeit von der EU-Kommission in die Diskussion gebracht wird. Weil diese nicht die strukturellen Probleme in den einzelnen Ländern an der Wurzel packt.

Letztendlich besteht immer die Gefahr, dass eine europäische Arbeitslosenversicherung schließlich doch verkrustete Strukturen alimentiert und notwendige Reformanstrengungen erlahmen lässt.

All diese Beispiele für „**weniger EU**“ zeigen: Wir müssen die grundsätzliche Frage in den Mittelpunkt stellen: Wo sind EU-einheitliche, top-down Lösungen sinnvoll und notwendig?

Und wo sind individuelle nationalstaatliche Lösungen der effizientere und zielführende Ansatz?

Erwin Teufel hat dies immer mit dem Begriff der „Subsidiarität“ auf den Punkt gebracht.

[„Mehr EU“ sinnvoll in diesen Bereichen]

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Für den Ausbau unseres Europas müssen aber auch einige Bausteine dazukommen bzw. gefestigt werden.

Dementsprechend möchte ich Ihnen einige Bereiche vorstellen, in denen die EU „**mehr**“ Flagge zeigen sollte.

Wir brauchen **mehr EU** bei

- Wachstums-unterstützenden Strukturen, bei
- Wachstums-steigernden Investitionen und der
- Wachstumsfördernden Verbreitung guter Ideen für ganz Europa.

Unter wachstumsunterstützenden **Strukturen** verstehe ich einen verlässlichen Ordnungsrahmen in der EU: Lassen Sie mich dies betonen: Regeln und Defizitgrenzen müssen eingehalten werden!

Ein Erfolg des Rettungsschirmes [Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)] beruht klar auf dem Prinzip „Geld gegen Reformen“.

Wachstum beruht auf verlässlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaftssubjekte – für private Haushalte, wie auch Unternehmen – über den Konjunkturzyklus hinweg. Zu den verlässlichen Rahmenbedingungen gehört es auch, Regeln ernst zu nehmen, die man sich selbst auferlegt hat.

Einem Ausbau des Euro-Krisenfonds ESM zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) könnte ich zustimmen. Dies aber nur für den Fall, dass vor Zahlungsproblemen stehenden Euro-Staaten dann geholfen wird, wenn diese ihrerseits weit reichende Reformen verpflichtend umsetzen.

Nicht aber als neue „Wundertüte“ für alle möglichen europäischen Projekte. Dies würde nur zu hohen Begehrlichkeiten vieler Staaten zu Lasten der Hauptzahler führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es geht aber auch um **wachstumsunterstützende Strukturen im Konkreten:**

Viele gute strukturelle Grundlagen, die wir z. B. in Baden-Württemberg vorfinden, sind noch nicht flächendeckend in Europa eingeführt. Ich meine hier z. B. die **Duale Ausbildung**, die ja geradezu ein Stützpfiler dafür ist, dass die Jugendarbeitslosigkeit sehr gering bleibt.

In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass ich mich bei meinen Gesprächen in Brüssel immer wieder auf die **Bedeutung des „Meisters“** im Handwerk hinweise.

Deshalb setze ich mich dafür ein, dass dieser Stützpfeiler, die enge Verzahnung von Theorie und Praxis erhalten bleibt. Mehr noch: Baden-Württemberg kann in diesem Bereich Benchmark für eine wirtschaftspolitisch erfolgreiche EU sein und mit Erfahrung und Expertise beratend zur Seite stehen.

Ein weiteres Beispiel ist unsere **strukturelle Verzahnung zwischen Forschung und betrieblicher Wertschöpfung**. Ich nenne hier beispielhaft die Innovationsallianz Baden-Württemberg oder die weiteren Akteure in unserem System des Technologietransfers, wie z.B. die Steinbeis-Stiftung oder auch die anwendungsorientierten Hochschulen und Universitäten im Land.

Theoretische Erkenntnisse müssen schnellstmöglich zu betrieblichem Praxiswissen transferiert werden. „**Time-to-market**“ ist ein Schlüsselfaktor im globalen Innovationswettbewerb, dem wir als Exportland noch viel stärker ausgesetzt sind als andere Regionen in Europa.

Ich plädiere in diesem Zusammenhang für diese Verzahnung von Wissenschaft und betrieblicher Praxis auch in der gesamten EU. So sollten im großen **europäischen Forschungsprogramm** „Horizont 2020“ deshalb zukünftig noch viel stärker die Belange des Mittelstandes einbezogen werden!

Und gehen wir weiter zu den Treibern des Wachstums von morgen, den ökonomischen **Zukunftsfeldern**:

Baden-Württemberg macht hier sehr konkrete Vorschläge:

Ich denke an unsere Herangehensweise beim Thema **Digitalisierung**. Bei den Themen „Wirtschaft 4.0“, „Arbeit 4.0“ oder auch bei den „Lernfabriken“ für unsere Auszubildenden. In diesen Bereichen sind wir beispielgebend für Europa.

Das ist meine feste Überzeugung.

Ich bin sehr dankbar, dass wir mit „unserem“ Kommissar Oettinger hier einen Partner an unserer Seite haben, der diese Themen auch finanziell im Blick hat.

Ein weiteres Thema ist die **Elektromobilität**. Auch dieses ist ein Kernthema für die Zukunft des Autostandortes Europa. Über Veranstaltungen in Brüssel (z.B. 20.10.2016 mit Noord-Brabant in Brüssel) versuche ich unsere Landes-Themen direkt mit den EU-Strategien zu verzahnen.

Denn wenn es gelingt, den hierdurch hervorgerufenen ökonomischen Wandel mit gemeinsamen Kräften zu gestalten, wird die europäische Wirtschaft langfristig ein höheres Wachstum erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich nun ganz konkrete Beispiele aufzeigen, wie ich mir **zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik** vorstelle. Wir nutzen europäische Mittel intelligent und sorgen somit für einen Mehrwert in der Region und in ganz Europa!

Aus unserem von der EU-kofinanzierten Strategieansatz „**RegioWIN**“ wurde z.B. das Leuchtturmprojekt „**Innovations- und Technologietransferzentrum PLUS**“ in Biberach bewilligt.

Der Wissens- und Technologietransfer in den Bereichen Energie und Biotechnologie, aber auch Aus- und Neugründungen werden dort gefördert. Bei Gesamtkosten von knapp 13 Mio. € wird ein Zuschuss in Höhe von knapp 5 Mio € aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gewährt, und wir als Land haben nochmals 2 Mio. € dazu gelegt.

Bei der IHK und der Handwerkskammer Ulm werden je 4 Stellen für 4 Jahre gefördert um den **Technologietransfer** in die KMU zu verbessern [Programm: Technologietransfermanager].

Oder die intelligente Nutzung des **Europäischen Sozialfonds (ESF)**. Dieser zielt darauf ab, die Beschäftigungs- und Bildungschancen in der EU zu verbessern.

Allein in der Region Ulm wurden insgesamt **1.300 Menschen** mit **vergünstigten beruflichen Weiterbildungen** unterstützt. Das bedeutet, dass all diese Menschen **eine zusätzliche berufliche Qualifizierung** erlangt haben.

Und wir fördern Strukturen, um noch besser von den europäischen Forschungstöpfen zu profitieren:

Zahlreiche zukunftsorientierte Projekte **aus der Region Ulm** haben in „Horizont 2020“ **erfolgreich Anträge eingereicht** und finanzielle Unterstützung in Höhe von bisher rund 22 Millionen Euro durch die Europäische Union erhalten. [Förderperiode 2013 bis 2020]

Und lassen Sie uns bei einem weiteren Zukunftsthema bleiben: Wir haben in Ulm beim **Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung (ZSW)** in der letzten EFRE-Förderperiode mit einer **Förderung** in Höhe von **2,1 Millionen Euro** aus dem **Europäischen Fond für Regionale Entwicklung** (EFRE) und mit 1,7 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt das Batterieforschungszentrum **eLab** auf den Weg gebracht.

Mit dem **eLab** verfügen wir in Ulm über einen **international einzigartigen Leuchtturm** der wirtschaftsnahen **Batterieforschung**. Mit dieser Forschungsinfrastruktur leisten wir einen wichtigen **Beitrag** zur Bewältigung des anstehenden **Transformationsprozesses in der Automobilindustrie**.

Die **Region Ulm** trägt somit **entscheidend** zu den **baden-württembergischen, deutschen und europäischen Aktivitäten in Zukunftstechnologien** bei!

Und dies durch Unterstützung meines Ministeriums und mit Hilfe der Europäischen Union: Eine intelligente Verzahnung von europäischen Strategien mit ganz konkreten Projekten hier im Südwesten!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es geht schließlich auch um die wachstumsfördernde **Verbreitung** dieser guten Ideen und Fortschrittsthemen in ganz Europa.

Denn wir sind **keine Insel**. Und wollen auch keine sein! Ganz im Gegensatz zu anderen „Insulanern“ sehe ich explizit einen Mehrwert für uns, wenn es ganz Europa gut geht.

Die Struktur- und Kohäsionspolitik der Europäischen Union zielt eigentlich darauf ab, die verschiedenen Volkswirtschaften auf einen **höheren Wachstumspfad** zu heben.

Das ist einerseits wichtig für die Krisenresistenz Europas, andererseits ist ein höheres Potenzialwachstum aber zur Bekämpfung der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit in Südeuropa von entscheidender Bedeutung!

Baden-Württemberg ist hier schon sehr gut:

Wir vernetzen uns europaweit in intensivster Art und Weise. Wir kooperieren **mit den Besten**, z. B. über Interreg-Projekte, in der neuen Vanguard-Initiative oder den Vier Motoren.

Wir erweitern Wertschöpfungsketten, beschleunigen das Innovationstempo und lernen von anderen. Aber wir tragen durch diese Netzwerke auch dazu bei, dass gute Beispiele von uns in die EU hineingetragen werden.

Und wir haben **sehr gute Erfahrungen mit unseren europäischen Partnerschaften** gemacht.

Gerade im **Donauraum** setzt sich das Wirtschaftsministerium intensiv für transnationale Projektkooperationen im Rahmen des **EU-Förderprogramms Interreg Donauraum** ein.

Im Rahmen von Projekten können mehrere Partner aus unterschiedlichen Regionen des Donauraumes an gemeinsamen Themen arbeiten. Wenn sich diese Projekte im Wettbewerb durchsetzen erhalten sie dafür immerhin 85 % der Projektmittel aus EU-Mitteln.

Und hier ist die Erfolgsbilanz besonders eindrücklich: Für jeden eingesetzten EURO in diesen Interreg-Programmen leiten wir durchschnittlich 14 EURO nach Baden-Württemberg - und im Donauprogramm ist das Verhältnis sogar 1 zu 17 EURO.

Dass baden-württembergische Partner, u. a. die Stadt Ulm und das Donaubüro, den Mehrwert von solchen gemeinsamen Projekten sehen, zeigt sich beispielsweise in der **herausragenden Halbzeitbilanz des Donauraumes**, der mit sechs baden-württembergischen Lead-Partner-Projekten an der Spitze des baden-württembergischen Engagements liegt.

Hier konnte nicht nur der politische Rückenwind der **Makrostrategie für den Donauraum** (EUSDR) genutzt werden. Entscheidend war vor allem auch die Tatsache, dass große Potenziale im Donauraum gesehen werden, der schon heute einer der wichtigsten Räume für die baden-württembergische Exportwirtschaft darstellt.

Dadurch trägt Baden-Württemberg nicht nur zur Stabilität und Prosperität des so wichtigen Donauraumes bei, sondern es werden auch wichtige Weichen für künftige Investitionen und die baden-württembergische Wirtschaft gestellt.

Denn nur in einem wirtschaftsstarken Europa können auch wir unsere Premiumprodukte exportieren. **Geht es Europa gut, dann geht es auch uns gut.**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Mehr europäische Mittel

- für sehr konkrete Netzwerke zur Mittelstandsförderung und mehr Mittel
- zur Verbreitung von konkreten guten Beispielen in ganz Europa
wäre mit Sicherheit sinnvoll angelegtes europäisches Geld.

Diese und weitere Forderungen habe ich im Februar bei einem hochkarätig besetzten Wirtschaftsgipfel in Brüssel bereits ganz konkret an Kommissar Oettinger, Parlamentsvizepräsident Wieland und die für die KMU zuständigen Kommissionsvertreter weitergegeben.

Und für 2018 ist ein weiterer **Wirtschaftsgipfel** bereits geplant.

[Brexit und Zukunft der EU]

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich nun noch auf den Brexit eingehen.

Ich bedauere den Ausgang des Referendums zutiefst. Leider wurde das britische Volk über die Konsequenzen eines Brexit getäuscht.

Die Wirtschaftsbeziehungen waren bis 2016 sehr gut und noch im Steigen. Großbritannien ist eine altehrwürdige Handelsnation – und als solche mit dem Exportland Baden-Württemberg eng verflochten.

So lag das Vereinigte Königreich gemessen an den Exporten noch im Jahr 2016 an immerhin sechster Stelle unter unseren wichtigsten Handelspartnern.

Mehr als 12 Milliarden Euro setzten baden-württembergische Unternehmen im vergangenen Jahr jenseits des Ärmelkanals um, davon ein Drittel mit Automobilen und Kraftwagenteilen.

Der Brexit ist vor diesem Hintergrund ein Einschnitt.

Und schon heute schürt der geplante Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU die **Unsicherheit** bei den Unternehmen.

Diese verzögern zum Beispiel ihre Anschaffungen oder zeigen sich zurückhaltend bei wichtigen Investitionsprojekten.

Zwischen Januar und Mai 2017 gingen die baden-württembergischen Ausfuhren nach Großbritannien im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um knapp 8 Prozent zurück.

Für alle Beteiligten bleibt unklar, welches Szenario nach Ablauf der Verhandlungsperiode im Frühjahr 2019 eintreten wird, sei es ein ‚harter‘ oder ‚weicher‘ Brexit.

Gemeinsam mit der baden-württembergischen Wirtschaft setze ich mich dafür ein, unsere guten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zum Vereinigten Königreich zu erhalten.

Wir werden unsere baden-württembergischen Unternehmen während des Brexit-Prozesses daher kontinuierlich begleiten.

Das heißt konkret, dass ich eine **Anlaufstelle als „Kümmerer“** insbesondere für KMU in meinem Hause eingerichtet habe.

Zusätzlich werden wir unsere guten Drähte nach Brüssel und Berlin nutzen, um für die Belange des baden-württembergischen Mittelstands während der Brexit-Verhandlungen zu werben.

Der Standort Baden-Württemberg kann sogar gestärkt aus dem britischen EU-Austritt hervorgehen.

Laut LBBW Research plant jedes siebte internationale Unternehmen im Vereinigten Königreich eine Standortverlagerung in die EU, davon mehr als jedes zweite nach Deutschland.

Diese Chance lassen wir nicht verstreichen.

Darum finanziert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau eigens den Aufbau einer **Brexit-Geschäftsstelle bei Baden-Württemberg International**, um dort alle Standortaktivitäten mit Bezug zum Brexit zu bündeln.

Indem wir einerseits unsere heimischen Unternehmen eng begleiten und uns andererseits aktiv als starken Investitionsstandort positionieren, rüsten wir uns für die

laufenden Verhandlungen und Anpassungsprozesse bis zum voraussichtlichen Austrittstermin Großbritanniens in 2019.

Denn Abwarten ist keine Alternative.

Vielmehr müssen wir auf alle Szenarien vorbereitet sein, auch auf den sogenannten ‚Hard Brexit‘.“ Auch wenn es durch die Florentiner Rede von Premierministerin May einige positive Signale gibt.

[Schluss / Zusammenfassung der Argumentation]

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die EU ist ein schwer manövrierbares Schiff. Aber es bleibt zu hoffen, dass der Brexit der Schuss vor den Bug war, der die Notwendigkeit eines Kurswechsels unmissverständlich klargemacht hat.

Und der auch dafür sorgt, dass Kapitän und Mannschaft - in ihrem eigenen Interesse, aber auch im Interesse der Gemeinschaft - wieder an einem Strang ziehen.

Ich möchte noch einmal betonen, dass für die exportorientierte baden-württembergische Wirtschaft ein stabiles Europa von höchstem Interesse ist. Europa ist unser Kernmarkt direkt vor der Haustüre.

Damit die EU wieder **Handlungsfähigkeit und Akzeptanz** gewinnt, plädiere ich für eine EU, die noch stärker auf **Fortschritt und Wachstum** setzt und dadurch sichtbaren Wohlstand für die Bürgerinnen und Bürger und alle Mitgliedstaaten erschafft.

Für eine Steigerung des Wohlstandes in der EU habe ich mehrere

Wachstumsimpulse angesprochen:

- strukturelle Reformen statt konjunkturellem Strohfeuer,
- mehr Engagement bei Zukunftsthemen statt Transfers in tradierte Systeme und
- die Übertragung guter Beispiele in andere europäische Regionen und Länder.

Ein auf Fortschritt und Wachstum setzendes erstarktes Europa mit mehr Wohlstand in der gesamten EU ist dann auch für Baden-Württemberg ein **Garant für eine prosperierende Zukunft**.

Und gerade **Ulm ist doch ein schönes Beispiel für ein Modell der EU** im Kleinen:

- Hochinnovativ im Kern und
- mit vielen Nachbarstaaten strategisch und sehr freundschaftlich vernetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich engagiere mich dafür, dass noch mehr Ideen aus Ulm und ganz Baden-Württemberg **Bausteine für ein fortschrittliche EU** sein werden.

Herzlichen Dank!